

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 14/2010

Staatsfinanzen – Persönliche Notizen

Bundeskabinett verabschiedete Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis zum Jahr 2014 verabschiedet. Demnach werden die Ausgaben des Bundes von 319,5 Milliarden Euro in 2010 über 307,4 Milliarden in 2011 auf 301 Milliarden Euro in 2012 sinken. In 2013 und 2014 werden sie dann auf dem Niveau von 2012, also bei ca. 301 Milliarden Euro, gehalten. Der Bundeshaushalt bewegt sich damit auf der Ausgabenseite in Richtung auf 300 Milliarden Euro.

Fast noch wichtiger ist allerdings, dass die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt und sie bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums mehr als halbiert wird. In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Die Nettokreditaufnahme wird 2011 57,5 Milliarden Euro betragen. 2012 wird sie sich auf 40,1 Milliarden Euro belaufen. Danach sinkt sie auf 31,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf 24,1 Milliarden Euro im Jahr 2014.

Heute ist absehbar, dass sich der Haushaltsvollzug 2010 günstiger gestaltet, als die Bundesregierung es noch vor kurzem annehmen musste. Das bedeutet allerdings nicht, dass durch diese positive Entwicklung zusätzlicher Spielraum für Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen entstünde. Bundesfinanzmi-

nister Wolfgang Schäuble warnte in diesem Zusammenhang eindringlich davor, in der sich verstärkenden konjunkturellen Erholung den Fehler zu wiederholen, der in den letzten Jahrzehnten zum dramatischen Anstieg des Verschuldungsniveaus geführt habe, nämlich aufgrund konjunktureller, also temporärer Mehreinnahmen strukturelle, also dauerhafte Mehrausgaben zu beschließen. Dies führe im nächsten Abschwung geradewegs in eine noch höhere Verschuldung.

Unsere Finanzpolitik erschöpfe sich nicht darin, dass man in der Krise Schulden mache, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, sondern bedeute, dass man nach der Krise im Aufschwung die Schulden wieder abbaue - was in den zurückliegenden Jahrzehnten aber in dieser Symmetrie nicht funktioniert habe. Diese Symmetrie wieder herzustellen, sei das Ziel der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse sei eine intelligente, konjunkturgerechte Regelung, die die konjunkturbedingten Einnahmen- und Ausgabenschwankungen bei der Ermittlung des zulässigen Haushaltsdefizits berücksichtige, aber nur einen geringen strukturellen Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 Prozent des BIP zugestehe, betonte der Minister in dieser Woche anlässlich der Entscheidung des Bundeskabinetts.

Mit der Schuldenbremse wird eine grundlegende Schwäche der bisherigen Schuldenre-

gel im Grundgesetz, die in guten Zeiten keinen wirksamen Konsolidierungsdruck ausübte, behoben. Um die Schuldenbremse ab 2016 einzuhalten, ist vom Grundgesetz ein gleichmäßiger Abbaupfad für das strukturelle Haushaltsdefizit ab 2011 vorgegeben.

Ausgangspunkt für diesen Abbaupfad ist das strukturelle Defizit im Jahr 2010. Durch die eingeleiteten Maßnahmen wird es gelingen, das strukturelle Defizit jährlich um die erforderlichen rund 7,5 Milliarden Euro zurückzuführen. Es gibt für Deutschland nur einen richtigen Weg: Durch maßvolle Haushaltsdisziplin nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Diesen Weg geht die Bundesregierung: Durch Konsolidierung auf der Ausgabenseite wird nachhaltig gehandelt.

Das bringt deutlich bessere Wachstumsaussichten als Konsolidieren über die Einnahmenseite, zum Beispiel über Steuererhöhungen. Wachstumspotenziale für die Zukunft werden gestärkt, indem Investitionen in Bildung und Forschung - trotz Konsolidierungsdruck - erhalten beziehungsweise noch ausgebaut werden. Denn dies sind die Schlüsselbereiche für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die zentralen Ursachen von Finanzmarktkrisen werden durch robustere Eigenkapital- und Liquiditätsregeln, klügere Anreizsysteme und eine durchschlagskräftigere Finanzmarktaufsicht bekämpft, damit die Finanzmärkte die Realwirtschaft nicht mehr derart gefährden können und die Steuerzahler nicht mehr derart in die Pflicht genommen werden wie in den letzten drei Jahren.

Marktanreizprogramm läuft weiter

Die Haushälter der Union haben in dieser Woche der Aufhebung der Sperre beim Marktanreizprogramm zugestimmt. Damit wird Rechtssicherheit für die Antragsteller hergestellt, die auf ihre Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt warten. Auch unterstützen wir so die mittelständischen Handwerker und Industrie und sichern damit Arbeitsplätze. Die Aufhebung der Sperre leistet auch einen Beitrag zur vorsichtigen Konjunkturerholung.

Gleichzeitig begrüßen die Unionshaushälter, dass mit dem vorgelegten Entwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2011 und dem Finanzplan bis 2014 die Bundesregierung

aufzeigt, dass die künftige Förderung bedarfsgerecht veranschlagt wird. Beginnend mit 380 Mio. Euro in 2011 werden die Ausgaben auf 340 Mio. Euro in 2014 leicht zurückgehen. Insgesamt steht aber noch ein beachtliches Fördervolumen zur Verfügung. Es ist zu erwarten, dass die Bundesregierung im Hinblick auf das Fördervolumen nun zügig eine strukturelle Reform der Förderrichtlinie umsetzt.

Religionsfreiheit weltweit durchsetzen

An diesem Donnerstag debattierte der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“. In mehr als 64 Ländern der Welt, in denen nahezu 70 Prozent der Weltbevölkerung leben, ist die Religionsfreiheit, die ein grundlegendes Menschenrecht bildet, mindestens stark eingeschränkt. Besonders stark betroffen ist das Christentum mit rund 200 Millionen verfolgten Gläubigen.

Die christlich-liberale Koalition sorgt mit diesem Antrag dafür, dass das Thema der Religionsfreiheit und die weltweite Situation bedrängter Christen endlich aus ihrem Schattendasein heraus an die breite Öffentlichkeit kommen. Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das für alle Menschen, unabhängig davon, wo sie leben oder welcher Religion sie angehören, gelten muss.

Die Lage von Christen und anderer religiöser Minderheiten liegt der Union am Herzen. Daher werden sich CDU und CSU selbstverständlich nicht nur dafür einsetzen, dass niemand wegen seines Glaubens tötlich verfolgt werden darf. Es darf aber darüber hinaus auch nicht sein, dass Menschen ihr Recht auf Religionsfreiheit nicht leben dürfen, also ihren Glauben nicht offen bekennen können, oder dass sie im Alltag diskriminiert werden, weil sie zu einer religiösen Minderheit gehören. Die Union wird in ihren Bemühungen, das mit Nachdruck einzufordern, nicht nachlassen. Daher wird der Einsatz für weltweite Religionsfreiheit weiter ein Markenkern wertegeleiteter christlich-liberaler Außenpolitik sein.

Reform des Gesundheitssystems

Die Koalitionsspitzen haben sich in dieser Woche auf eine Reform des Gesundheitswe-

sens verständigt. Ziel ist ein gerechtes soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem. Das wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings steht unser System vor den Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt folgen. Wir werden deshalb strukturelle Reformen im System durchführen, die zu mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen.

Es wird zu Einsparungen kommen, und der Beitragssatz der Krankenkassen wird wieder auf die Höhe angehoben, wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Um diese Krise besser meistern zu können, war seinerzeit der Beitragssatz durch das Konjunkturpaket II abgesenkt worden, was nun wieder rückgängig gemacht werden kann.

Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform, in dem die unabdingbaren notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden. Dabei gibt es einen Finanzausgleich aus Steuermitteln, der eine Überforderung des Einzelnen vermeidet. Steuererhöhungen sind dazu nicht notwendig. Weiterführende Informationen gibt's auf www.bmg.bund.de/

Neue Regeln auf dem Arzneimittelmarkt

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), welches langfristige strukturelle Änderungen zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes einführt, beraten. So müssen Pharmaunternehmen künftig den Nutzen für alle neuen Arzneimittel nachweisen und den Erstattungsbetrag mit der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbaren.

Der Arzneimittelmarkt in der gesetzlichen Krankenversicherung wird dereguliert, etwa durch die Verschlinkung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Therapiehinweise und Verordnungsausschlüsse werden klarer geregelt. Rabattverträge für patentfreie und wirkstoffgleiche Arzneimittel (Generika) werden mit mehr Wettbewerb und patientenfreundlicher gestaltet.

Mopedführerschein bereits mit 15 Jahren

Die 3. Führerscheinrichtlinie der EU erlaubt ein einfacheres Verfahren für den Erwerb der Fahrerlaubnis für Zweiräder. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP "Erwerb von Zweiradführerscheinen erleichtern" fordern wir die Bundesregierung auf, diese erleichterten Bedingungen in nationales Recht umzusetzen. Unter anderem soll das Mindestalter beim Mopedführerschein der Klasse AM auf 15 Jahre herabgesetzt werden.

Zitat

« Man muss anerkennen, dass die Spanier gestern einfach stärker waren. Wir haben schlechter, aber nicht schlecht gespielt. Natürlich sind wir heute alle ein wenig traurig, aber unsere Nationalmannschaft kann, egal, wie das Spiel am Samstag ausgeht, erhobenen Hauptes von dieser WM in Südafrika zurückkehren.» (Bundesinnen- und Sportminister Thomas de Maizière am Donnerstag in Berlin zum Abschneiden der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Südafrika.)

Persönliche Notizen

1. Samstag war ich mit meiner Frau auf der Ipfmesse in Bopfingen. Viele gute Gespräche am Rande der Messe. Beim Adelmansfelder Straßenfest waren alle auf den Beinen, die Stimmung war toll. Es ist erstaunlich, was eine Gemeinde mit ihren Vereinen ehrenamtlich alles auf die Beine stellen kann. Meinen Respekt.

Den Abschluss des Tages bildete der Festabend anlässlich des 150. Jubiläums der Freiwilligen Feuerwehr Hürben, bei dem ich auch ein Grußwort gehalten habe. Die Feuerwehr Hürben stellt unter Beweis, dass Tradition und Moderne in unseren ostwürttembergischen Feuerwehren gut zusammengehen: in Hürben hat man neben modernem Einsatzgerät auch noch die alte Wasserspritze aus dem Jahr 1860 im Bestand.

2. Auf Schorsch Brunnhuber traf ich beim Kommandantentreffen der Stadtgarden und Bürgerwehren in Lauchheim. Wir beide lauschten dem tiefgründigen Gottesdienst von Weihbischof Dr. Johannes Kreidler. Das Haus Württemberg war würdig vertreten und

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

auch MP Mappus fand aufgrund der hohen Temperaturen und des dadurch verkürzten Aufmarschs Zeit für ein Grußwort im Festzelt.

3. Aufgrund der Bauernkundgebung bei der Ipfmesse in Bopfingen bin ich erst später nach Berlin aufgebrochen. Die richtige Entscheidung: unsere Landwirte haben wichtige Hinweise für mich und Landrat Pavel gegeben. Der Kontakt zur Basis ist für mich der wichtigste Signalgeber für die Arbeit in Berlin.

4. Diese Arbeit wurde am Montag durch die Sitzung der Landesgruppe mit Verteidigungsminister zu Guttenberg eingeläutet. Man sprach unter anderem über die Wehrpflicht und die Reform der Bundeswehr.

5. Besonders motivierend sind für mich die Gespräche mit unserem Nachwuchs: politisch interessierte Schüler der Alemannenschule Kirchheim und der Bibrisschule Herbrechtingen traf ich am Dienstag zur Diskussion im Fraktionssitzungssaal. Der Saal war nach drei Stunden Fraktionssitzung mit Arbeitsatmosphäre angefüllt. Leere Wasserflaschen und Stapel von Papier als Zeichen wirklich harter Fraktionsarbeit für unsere Schülerinnen und Schüler.

6. Den Unterausschuss Abrüstung leitete ich nun schon zum 5. Mal, da meine Kollegin Frau Zapf wegen Krankheit bis zum Ende der Sommerpause im September ausfällt. Damit hab ich die Chance, mich noch tiefer in die parlamentarischen Abläufe einzuarbeiten, die Spannung der ersten Tage nach der Wahl hat nicht nachgelassen.

7. Am Freitag habe ich meine 8. Rede im Plenum gehalten, Afghanistan bleibt auch in Zukunft auf der politischen Agenda. Es wäre fahrlässig und unmoralisch unsere Soldatinnen und Soldaten in den Einsatz zu schicken, ohne sich regelmäßig mit der Gefahrenlage und den Entwicklungen auf politischer Ebene auseinander zu setzen, wir brauchen jetzt klar definierte Übergabeziele, Afghanistan muss mehr Eigenverantwortung übernehmen. Auf meiner Homepage www.roderich-kiesewetter.de wird auch diese Rede wieder eingestellt werden.

8. Die Parteiaustritte in den letzten Tagen haben mich betroffen gemacht. Nicht nur, aber gerade auch wegen prominenten Funktionsträger unserer Region, die sich zum Austritt bewogen sahen. Ich rege daher an, auch wenn ich kein Mitglied im Kreisvorstand bin, sich generell auf einem Parteitag mit der Stimmung innerhalb der CDU auseinanderzusetzen. Ich trete in die Diskussion auch bei meinen zahlreichen Wahlkreisterminen wie z.B. in den Sommeraktionstagen und hoffe auch fruchtbare und konstruktive Gespräche sowie Anregungen in der politischen Sommerpause.

Wir Politiker müssen uns stellen, nur so gewinnt „die Politik“ Glaubwürdigkeit zurück. Berliner Politik erklärt sich nicht immer leicht, aber nörgeln ist nicht meine Art. Fordern Sie mich, dafür bin ich gewählt.

9. Während der kommenden Wochen werde ich viel im Wahlkreis unterwegs sein. Gleichzeitig gibt es die eine oder andere Reise in Zusammenhang mit meiner Ausschussarbeit in Berlin, die zur Vorbereitung der 2. Hälfte des Arbeitsjahres des Bundestages gehören. Den Sitzungskalender des Deutschen Bundestags findet man unter:

<http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/sitzungskalender/>

Am 20. Juli findet das 2. Heise-Eisen-Liste-Treffen in Heidenheim statt. Letztlich werde ich die meiste Zeit in unserer schönen Heimat unterwegs sein, um auf Nachbarn, Freunde und politisch interessierte Menschen zu treffen und sich mit ihnen austauschen zu können.

Das nächste Kiesewetter kompakt erscheint am 17. September 2010 zum Ende der nächsten Sitzungswoche.

Herzliche Grüße und eine erholsame Sommerzeit

wünscht

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter